

Die Zukunft unseres Wohlfahrtssystems: Bitte keine Katastrophenszenarien mehr!

Der Staat scheint vor dem Bankrott zu stehen, und schuld sind die Pensionisten. Kürzungen der Pensionshöhe und Verlängerung der Arbeitszeit sind das Allheilmittel: SPÖ und ÖVP sind sich hier einig, unterstützt von den immer gleichen Experten, die mit sorgenvoller Miene an die Öffentlichkeit treten. Die SPÖ will Rechenspiele immerhin noch der parlamentarischen Kontrolle unterziehen.

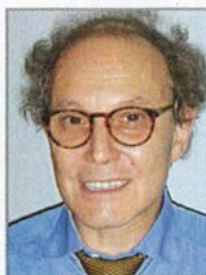
Der alarmistische Ton wird immer dann angeschlagen, wenn es um Reduktion der wohlfahrtsstaatlichen Leistungen geht. Steuererleichterungen sollen aber möglich werden. Man sieht: Es geht um Verteilung. Die Argumentation dafür klingt schlüssig: Demografische Entwicklungen haben die Gesellschaft strukturell verändert. Die Menschen werden älter, jüngere Menschen kommen später auf den Arbeitsmarkt, die Arbeitslosigkeit sinkt kaum, die Geburtenrate stagniert. Daher: Absenken der Sozialleistungen, Eigenvorsorge und Anhebung des Pensionsalters.

Können ältere Menschen aber auch länger arbeiten? Die Arbeitsmarktstatistiken zeigen ein anderes Bild: Ältere Menschen gelten als Problemfälle des Arbeitsmarkts; und als „ältere Menschen“ werden immer jüngere Arbeitssuchende gesehen. Menschen, die früher in die Frühpension abgeschoben wurden, werden heute zu unsinnigen Weiterbildungskursen geschickt und darin „unterwiesen“, sich richtig für Posten zu bewerben, die es für sie gar nicht gibt. Damit fallen sie zwar nicht den Pensionskassen, dafür aber der Arbeitslosenversicherung „zur Last“. Das Abschieben älterer Menschen von einem Sozialsystem zum anderen: eine Lösung?

Ältere Menschen sind im Übrigen keineswegs so flexibel, wie uns dies manche Experten glauben machen wollen. Menschen sind in höherem Alter nicht in der Lage, die gleichen Tätigkeiten zu verrichten wie früher. „Altersgerechte Arbeitsplätze“ sind Ausnahmefälle, die medial hochgespielt werden.

Eigenvorsorge ist kein Allheilmittel: Zwar können sich Menschen im Arbeitsleben etwas zur Seite legen und dies etwa in privaten Versicherungen anlegen. Es hat sich aber gezeigt, dass private Versicherungen ein hohes Risiko bergen. Sinkende Arbeitsplatzsicherheit führt auch zu einer wachsenden Zahl aufgelöster Verträge, die zur Vermögensbildung dienen sollten.

Die Pensionsdebatte ist eine Verteilungsdebatte: Es geht um die Frage, wer welche Kosten trägt. Das ist keine rein wissenschaftliche Frage: Auf weltanschauliche Fragen hat



Die Pensionsdebatte ist eine Verteilungsdebatte

Ronald Pohoryles

FORSCHUNGSZENTRUM SOZIALWISSENSCHAFTEN

die Wissenschaft allein keine Antwort. Auch unterschiedliche Expertenmeinungen sind auf unterschiedliche weltanschauliche Auffassungen zurückzuführen.

Schlimm ist es aber, Generationen gegeneinander auszuspielen. Die Vorstellung, jeder Groschen, der in die Pensionszahlungen fließt, würde der Jugend weggenommen, ist absurd. Das Budget hat für alle Aufgaben Ausgaben und Einnahmen vorzusehen; wie eingenommen und ausgegeben wird, ist eine politische Frage. Pensionszahlungen sind eine Staatsausgabe wie alle anderen auch.

Das gegenwärtige System verschleiert dies: Ein Wirrwarr aus verschiedensten Sozialversicherungsträgern wird als „Selbstverwaltung“ etikettiert; wer verwaltet sich hier selbst? Die Defizite werden ohnedies aus dem Staatsbudget bedient. Warum werden nicht alle Wohlfahrtsleistungen direkt vom Staat übernommen? Alarmistische Meldungen über die „Pleite“ der Pensionskassen gäbe es dann nicht mehr. Stattdessen gäbe es eine sachliche Verteilungsdiskussion und demokratische Entscheidungen im Parlament. Die nächsten Wahlen sind dann die Antwort auf die Frage, ob diese richtig waren.

Grundeinkommen macht durchaus Sinn und kann zu höherer sozialer Gerechtigkeit führen. Aber nicht als „take the money and run“-Modell: Basiseinkommen kann staatliche Sozialleistungen nicht ersetzen. Bildung und Gesundheit sind öffentliche Aufgaben. Werden diese ausschließlich dem Markt überlassen, reicht das Basiseinkommen zur Deckung dieser Grundbedürfnisse kaum aus. Schon vor mehr als einem Jahrzehnt hat das Liberale Forum ein Konzept für ein sozial abgesichertes Grundeinkommen vorgestellt. Daran sollte weitergearbeitet werden.

Natürlich soll älteren Menschen nicht das Recht abgesprochen werden, zu arbeiten, sofern es altersgerechte Arbeitsplätze gibt. Mit dem Grundeinkommen wäre die Diskussion um willkürliche Einkommensgrenzen hinfällig; auch unentgeltliche Tätigkeiten bei karitativen Organisationen werden für ältere Menschen attraktiver.

Die Zukunft unseres Wohlfahrtssystems verlangt differenzierte Analyse statt Katastrophenszenarien.

„Grundeinkommen macht Sinn. Aber nicht als ‚take the money and run‘-Modell.“